



Rede am Antikriegstag 2015 in der Willy-Brandt-Gesamtschule Bochum

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

zunächst möchte ich euch, liebe Schülerinnen und Schüler der Schulbands der Willy-Brandt-Gesamtschule, ganz herzlich danken, dass Ihr diese Veranstaltung zum Antikriegstag 2015 mit euren Beiträgen unterstützt. Das ist toll und ein schönes Zeichen für euer Engagement.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

So haben wir es eben schon in der Rede von Eva Kerkemeier gehört.

Nie wieder Krieg - ein Appell, der auch 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs nichts von seiner Dringlichkeit verloren hat. Wir wissen: Auch heute im Jahr 2015 gibt es auf der Welt viele Kriege, deren unmittelbare Auswirkungen wir auch in Deutschland, auch in NRW, ja, auch hier in Bochum spüren.

Deswegen ist es gut, dass Ihr, liebe Schülerinnen und Schüler der Willy-Brandt-Gesamtschule, euch nicht nur heute mit diesem Thema beschäftigt.

Deswegen ist es gut, dass Ihr vor ein paar Monaten den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" bekommen habt. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Auszeichnung, mit der Ihr euch als Schule auch verpflichtet habt, dieses Motto immer wieder durch Projekte oder Aktionen zu bestätigen. Wer sich zu den Zielen einer Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bekennt, unterschreibt folgende Selbstverpflichtung. Ich zitiere:

- 1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.*
- 2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, uns zukünftig zu achten.*
- 3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule einmal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.*

Ich denke, dass eine solche Selbstverpflichtung Sinn macht für jede und jeden, der sich persönlich, in seiner Schule oder seinem Betrieb gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für den Frieden einsetzen will. Wir brauchen für die Flüchtlinge,

die aus Kriegs- und Krisengebieten oder auch aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen, eine Willkommenskultur, zu der wir uns auch am heutigen Antikriegstag bekennen sollten.

Es gibt an dieser Schule andere Projekte, die zeigen, dass Ihr, liebe Schülerinnen und Schüler, mit euren Lehrerinnen und Lehrern euren Beitrag leisten wollt zu einer friedlichen Welt. Und solche guten Beispiele gibt es sicher auch an vielen anderen Schulen in Bochum.

Nie wieder Faschismus - auch das ist ein Appell, der sich im Jahr 2015 nicht erübrigt hat. Wir wenden uns gemeinsam gegen die Angriffe auf Flüchtlinge, gegen den alltäglichen Rassismus, der das Gegenteil von einer Willkommenskultur ist. Euer interreligiöses Begegnungsfest vor einem Jahr, die Beschäftigung mit der Lebensleistung des Namensgebers dieser Schule Willy Brandt, das Projekt Stolpersteine, das sowohl an den Terror der Nazizeit und den Holocaust erinnert und gleichzeitig Verpflichtung für die Zukunft ist, das sich all das nicht wiederholt - das sind gute und wichtige Beiträge zum Frieden.

Am heutigen Tag möchte ich alle ermutigen, mit diesen kleinen Schritten weiterzugehen - um das Fundament für eine friedlichere Welt zu legen. Dazu brauchen wir keine Bundeswehr in der Schule. Lehrerinnen und Lehrer sind Expertinnen - auch in der Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik.

Martin Budich hat in seiner Begrüßung auch schon darauf hingewiesen, dass die Willy-Brandt-Schule eine „Schule ohne Bundeswehr“ ist. Vor zwei Jahren wurden drei Schulen mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Der Aachener Friedenspreis ist ein alternativer Friedenspreis, der nicht große Politiker ehrt, sondern sich zum Ziel gesetzt hat, Frauen, Männer oder Gruppen zu würdigen und vorzustellen, die „von unten her“, als Graswurzelinitiativen dazu beitragen, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Bei der Preisverleihung vor zwei Jahren wurden zwei Schulen geehrt, die sich als erste Schulen in Deutschland zur "Schule ohne Bundeswehr" erklärt hatten, sowie eine Schule im Nordirak, die sich durch ein hohes Maß an Toleranz und Solidarität auszeichnete - mitten in einem Land voller Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen. Ich durfte die Laudatio halten und möchte kurz daran erinnern:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte in seinem Aufruf zum Antikriegstag 2013 unter anderem formuliert:

Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet. Daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

Nun darf die Bundeswehr in Schulen gar nicht werben. Für die politische Bildung in der Schule gelten das Überwältigungsverbot und das Prinzip der Kontroversität. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler nicht in eine bestimmte Richtung gedrängt werden dürfen, weder durch einseitige Information noch durch Werbeveranstaltungen. Aber die Bundeswehr nutzt die Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen oder auch bei Berufsbildungsmessen wie nächste Woche hier in Bochum zur Werbung, da sie seit dem Ende der Wehrpflicht Nachwuchsprobleme hat. Bei diesen Veranstaltungen wird zwar ausführlich dargelegt, dass man an den Bundeswehr-Unis prima studieren könne, dort lerne Flughäfen zu bauen, Kasernen einzurichten oder Menschen zu führen, aber es ist keine Rede von Tod und Trauma, es wird nicht berichtet über Soldaten, die bei Auslandskriegseinsätzen

ums Leben kamen oder traumatisiert zurückkehrten. Um das Thema ging es ja auch in dem Song der Band am Anfang des heutigen Abends „Hero of War“.

Die GEW hatte die jetzige Landesregierung schon 2010 aufgefordert, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Schulministerium und der Bundeswehr zu kündigen. Abgeschlossen worden war diese Kooperationsvereinbarung von der schwarz-gelben Landesregierung. Leider kam es nicht zu einer Kündigung, sondern nur zu einer Modifikation – obwohl die neue Koalition während der Oppositionszeit etwas anderes gesagt hatte.

Denn auch wenn es in der neuen Kooperationsvereinbarung heißt: *„Jugendoffiziere der Bundeswehr können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren.“* kann natürlich von Chancengleichheit zwischen Bundeswehr und Friedensgruppen nicht die Rede sein. Der Werbeetat der Bundeswehr ist um ein Vielfaches höher als die Möglichkeiten von Friedensorganisationen, deren Vertreter ohnehin von Schulen eingeladen werden können.

Die GEW engagiert sich im Bündnis "Schule ohne Bundeswehr", weil wir nicht wollen, dass junge Menschen mit verlockenden Berufsperspektiven zu einem Dienst mit der Waffe geworben werden, weil wir nicht wollen, dass die Militarisierung der Zivilgesellschaft voranschreitet. Es wäre schön, wenn sich weitere Schulen zu diesem Schritt „Schule ohne Bundeswehr“ zu werden entschließen können.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

der Antikriegstag, an dem wir uns erinnern an den Ausbruch des zweiten Weltkriegs vor 76 Jahren, hat nichts von seiner Aktualität verloren. Im Gegenteil!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Dorothea Schäfer, Landesvorsitzende GEW NRW

- Es gilt das gesprochene Wort. -